

# Offene Fragen nach den Lok Sabha Wahlen in Jammu & Kashmir

Georg Amshoff

Ein gigantisches Aufgebot von Sicherheitskräften hat dafür gesorgt, daß in dem von Unruhen geschüttelten Jammu & Kashmir die Wahlen zum Unterhaus des indischen Parlaments, der Lok Sabha, ohne größere Störungen abgewickelt werden konnten. Jedoch bleibt die Frage, ob es sich wirklich um freie und demokratische Wahlen gehandelt hat, oder ob lediglich massiver Druck durch Sicherheitskräfte und pro-indische Militante die Wähler an die Urnen trieb.

Die sehr hohe Wahlbeteiligung von knapp 40 Prozent hat viele überrascht - auch die indischen Behörden. Während die optimistischsten Schätzungen des Innenministeriums in Neu Delhi eine Wahlbeteiligung von 20 Prozent vorausagten und Beamte in Srinagar gerade mal 10 bis 15 Prozent für realistisch hielten, kamen in einigen Bezirken sogar 60 Prozent der Wahlberechtigten in die schwer bewachten Wahllokale. Da drängt sich der Verdacht auf, daß sich die Wähler nicht ganz freiwillig an die Urnen begeben hatten.

In der Tat hat es im Vorfeld der Wahlen Boykottaufrufe der Militanten gegeben. Wer immer wählen gehe, hatten sie gedroht, dem werde der Finger abgeschnitten, der von der Stempelfarbe zum Markieren der gewählten Partei auf den Stimmzetteln gefärbt ist.

Den indischen Behörden war jedoch

daran gelegen, durch einen reibungslosen Ablauf der Wahlen zu demonstrieren, daß in Kaschmir wieder Normalität eingekehrt ist. Nachdem die Sicherheitskräfte in den letzten Monaten durch massive Aktionen die bewaffneten Militanten zum Schweigen gezwungen hatten, sollten Wahlen beweisen, daß sich die Lage weitgehend entspannt hat.

Schon einmal waren deshalb Wahlen für ein Landesparlament in Jammu & Kashmir angesetzt worden, das 1989 von der Zentralregierung entlassen wurde. Seitdem steht Jammu & Kashmir unter Direktverwaltung durch Delhi. Doch diese "President's Rule" muß alle sechs Monate verlängert werden, der verfassungsgemäß zulässige Rahmen ist bereits voll ausgeschöpft. Deshalb sollten Wahlen zu einem neuen Landesparlament führen, das dann seinerseits den Kampf gegen den Terrorismus weiterführen könnte. Da die Bevölkerung Kaschmirs solche Wahlen mehrheitlich ablehnte und alle Parteien (bis auf den Congress) die geplanten Wahlen boykottierten, hätte die in Delhi regierende Congress-Partei damit eine Marionettenregierung installiert; die wenigen Congress-Wähler, die trotz der offensichtlichen Farce zur Abstimmung gehen würden, hätten der Landesregierung eine überwältigende Mehrheit gebracht. Sowohl indischen Kritikern als auch dem

westlichen Ausland, das die Situation und insbesondere die schweren Menschenrechtsverletzungen in Jammu & Kashmir kritisiert, wäre somit der Wind aus den Segeln genommen worden. Doch der Chef der indischen Wahlkommission, der eigenwillige T. N. Seshan, stoppte die Wahlvorbereitungen nach einem Besuch im Kaschmirtal quasi in letzter Minute: die Zeit sei noch nicht reif dafür.

Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung verständlich, die die landesweiten Unterhauswahlen in Kaschmir hatten. Zwar stellt Jammu & Kashmir nur sechs Abgeordnete für Delhi, die angesichts von 540 Sitzen im indischen Unterhaus kaum Bedeutung haben. Aber die Abstimmung sollte zeigen, daß Wahlen sehr wohl durchgepeitscht werden können. Nötig ist dafür allerdings ein reibungsloser Ablauf und eine halbwegs respektable Wahlbeteiligung.

Also scheinen die Sicherheitskräfte etwas nachgeholfen zu haben. Statt die Wähler auf dem Weg zum Wahllokal vor möglichen Terrorakten der Militanten zu schützen, hat das Militär offensichtlich an vielen Orten die Menschen unter Zwang in die Wahllokale verfrachtet. Entsprechende Berichte gaben Beobachter und Journalisten aus verschiedenen Orten; ein Korrespondent der BBC berichtete gar, die Wähler seien "wie



"Die Wähler wurden zu den Wahlurnen getrieben" (Foto: Rajeev Bhatt)

Vieh" zusammengetrieben worden. Neben den Schlangen vor den Wahllokalen sollen sich Soldaten mit schußbereitem Gewehr postiert haben. Auch amnesty international beklagte die Drohungen durch die Sicherheitskräfte und sorgte sich um die Sicherheit der Zivilbevölkerung. Viele Wähler scheinen ihren Protest dadurch ausgedrückt zu haben, daß sie ihren Stimmzettel ungültig machten. Bilder der BBC zeigen sogar vor einem Wahllokal eine separate Schlange für Nicht-Wähler - die Stempelfarbe am Finger soll sie vor den "Konsequenzen" schützen, die das Militär den Nicht-Wählern angedroht hat.

Interessanterweise wurde der massive Zwang, den die Sicherheitskräfte ausüb-

ten, in Indien selbst sehr selektiv wahrgenommen. Die indischen Zeitungen berichteten in der ersten Phase der Wahlen über die zweifelhaften Methoden des Militärs, in der späteren Berichterstattung tauchte das Thema jedoch kaum noch auf. Das Magazin Frontline übermittelte einen von zwei Beiträgen zu den Kashmir-Wahlen gar: "Das Gerücht vom weitverbreiteten Druck." Die Begründung für die abweichenden Berichte wird gleich mitgeliefert: viele Wähler könnten die Journalisten bewußt angelogen haben. Denn nach dem Abzug der für die Wahlen zusätzlich herbeigeschafften Sicherheitskräfte könnten die Militanten sich an der Bevölkerung dafür rächen, daß der Boykottaufruf nicht befolgt

wurde - und da würde es helfen, wenn Zwang zum Wählen vorgetäuscht wurde. Wie dem auch sei, die Wahrheit wird sich kaum ermitteln lassen. Bürgerrechtsorganisationen, die die Wahlen beobachtet haben, kommen jedoch zu einem eindeutigen Urteil. Für Suresh Rajeshwar vom 'Committee for Democratic Rights' steht fest: das ganze ist "ein Betrug an der Demokratie."

Wie geht es jetzt in diesem Unruhegebiet weiter? Der unabhängige Wahlkommissar T.N. Seshan hat am 19. Juli Wahlen zum Landesparlament angekündigt. Diese sollen voraussichtlich im September stattfinden. Allerdings werden die Wahlen anders ablaufen müssen, um Anerkennung zu finden.

## Chidambaram - ein Mann für alle Fälle?

von Thomas Stukenberg

Als die Ernennung von Palianapan Chidambaram zum Finanzminister bekannt wurde, reagierte die indische Industrie allgemein mit Erleichterung. Man hatte erwartet, der neue Premierminister Deve Gowda würde einen Mann "aus seinem Stall" für das Schlüsselressort Finanzen benennen. Doch Gowda selbst hatte diese Befürchtungen seitens der Industrie nie genährt, und auch die Kommunisten leisteten keinen Widerstand. Im Gegenteil, CPI(M)-Chef Indrajit Gupta unterstützt das von der 'United Front' ausgearbeitete Minimalprogramm ausdrücklich, und auch der kommunistische Ministerpräsident von West Bengalen, Jyoti Basu, selbst eine Zeitlang als indischer Premier gehandelt, gilt als Unterstützer der Wirtschaftsreformen und Protagonist eines offenen Marktes.

Welche Aufgaben werden auf den neuen indischen Finanzminister zukommen? In Indien bestimmt weniger der Wirtschafts- oder Handelsminister die Wirtschaftspolitik, als vielmehr der Finanzminister. Chidambarams Vorgänger Manmohan Singh steht beim Ausland in dem ausgezeichneten Ruf, maßgeblicher Architekt der 'New Economic Policy' mit Liberalisierung, Deregulierung und fortschreitender Öffnung Indiens zum Weltmarkt zu sein.

Eine derartige Machtfülle, wie sie für die Durchsetzung dieser weitreichenden Reformen notwendig ist, wird auch Chidambaram gegeben, denn er bekommt neben dem Finanzressort noch die Verantwortung für Teile des Justizressorts, insbesondere für das Unternehmensrecht. Als Jurist erhält Chidambaram damit alle Befugnisse, um die Reform des indischen Unternehmensrechts, die seitens großer Teile der Industrie für überfällig gilt, voranzutreiben. Und über die Kontrolle der Staatsfinanzen und seine Funktion als oberster Währungshüter hinaus erhält Chidambaram - wie vor ihm Singh - weitreichende Befugnisse zur Gestaltung des indischen Wirtschaftssystems.

In der Regierung besteht weitgehend Einigkeit, daß die von Manmohan Singh eingeleiteten Reformen im Grundsatz weitergetrieben werden müssen. Doch sozialistische Rhetorik hat in Indien offenbar noch nie viel bedeutet angesichts der Weltmarkt-Sachzwänge und der

wachsenden Staatsverschuldung. Selbst Ex-Finanzminister Singh war früher bekennender Sozialist, und auch Chidambaram selbst liebäugelte, obwohl jahrelang 'Congress'-Mitglied, mit sozialistischen Ideen.

Natürlich werden der Regierung Rao bei der Wirtschaftspolitik auch Versäumnisse vorgeworfen: So ist die Deregulierung und Vereinfachung des Unternehmensrechts sowie bürokratischer Vorschriften noch längst nicht abgeschlossen. Chidambaram gilt als Bewunderer von Singh, doch in der Zeit, als beide noch Kabinettskollegen waren, forderte der Handelsminister beispielsweise vom Finanzminister Maßnahmen zur Stabilisierung der schwachen Rupie, gegen die sich Singh sträubte, weil er dirigistische Eingriffe ablehnte.

Chidambaram gilt bei den einen als elitärer Snob, bei den anderen als realistischer Reformator. Unstrittig ist sein Verhandlungstalent und seine Fähigkeit, Vorhaben durchzusetzen. Als die United Front unter Leitung von Deve Gowda ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm ausarbeitete, war es nicht zuletzt Chidambarams Durchsetzungsfähigkeit und Geschick zu verdanken, daß man sich - nach anfänglichen, eher formalen Schwierigkeiten - relativ schnell auf ein Minimalprogramm einigen konnte. In dem Programmkomitee saßen neben Chidambaram vom 'Tamil Maanila Congress', einer Abspaltung des 'Congress', der Kommunist Sitaram Yechuri (CPI-